



Pressemitteilung

Nr. 54

München, 27.10.2010

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bllv.de
www.bllv.de

Staatsregierung muss Alternativen zulassen

BLLV begrüßt Diskussion um Gemeinschaftsschule in Bayern / BLLV -Präsident Klaus Wenzel: „Wir müssen Alternativen schaffen für alle, die sie wollen“

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

München - Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) begrüßt die aktuelle Diskussion um eine Öffnung des strikten dreigliedrigen Schulsystems in Bayern ausdrücklich. „Dadurch erhält das BLLV -Konzept der Regionalen Schulentwicklung in der Schulpraxis eine echte Chance. Es müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam zu unterrichten“, erklärte BLLV -Präsident Klaus Wenzel heute in München. „Eltern und Schüler sollten wählen dürfen.“ Aus Sicht des BLLV ist es denkbar, neben einem weiterentwickelten Gymnasium die Gemeinschaftsschule als Alternative anzubieten, für alle, die sie wollen: „Eine Schule, die Abschlüsse bis hin zum Abitur, längeres gemeinsames Lernen und Wohnortnähe ermöglicht.“ Beide Schulformen - Gymnasium und Gemeinschaftsschule - müssten optimal ausgestattet werden und zeitgemäße Lerninhalte vermitteln. Am heutigen Mittwoch befasst sich voraussichtlich der Bayerische Landtag mit dem Thema.

Mit der Ermöglichung eines alternativen Schulmodells wie der Gemeinschaftsschule könnten viele Probleme gelöst werden: „Die Schulen würden vom Sortierauftrag befreit, ein neuer Lern- und Leistungsbegriff könnte etabliert werden. Zudem könnten auch Schulstandorte erhalten und Wohnortnähe geschaffen werden. Nicht zuletzt würde eine neue Förderkultur entstehen, in der Eltern Erfahrungen sammeln könnten, die sie bislang nicht haben. „Sie kennen keine andere Schule und wissen daher auch nicht, dass in einer Gemeinschaftsschule kein Kind zu kurz kommt“, betonte der BLLV -Präsident. Selbstverständlich dürften bestehende Schularten keinerlei Nachteile erfahren.

Wenzel appellierte an die Bayerische Staatsregierung, sich dieser Entwicklung nicht länger zu verschließen. „Es ist lächerlich und gefährlich, den Wunsch vieler Eltern, Schüler und Lehrer mit dem Argument, man wolle keine Einheitsschule, abzuschmettern. Die Menschen durchschauen die Rhetorik des Kultusministeriums längst und wissen, dass niemand eine Einheitsschule will.“ Eltern, Schüler und Lehrer wollen aber eine moderne Schule, die vor allem die Bedürfnisse der Schüler in den Mittelpunkt stellt. „Sie wissen auch, dass es an bayerischen Schulen sehr schwierig ist, Kinder tatsächlich individuell zu fördern. Das liegt nicht an



den Lehrkräften, die sich sehr bemühen, sondern an den mangelnden Voraussetzungen: Es fehlen qualifiziertes Personal, Zeit und deutlich kleinere Gruppen und Klassen.“ Individuell gefördert werde in Bayern vor allem außerhalb der Schule, in teuren Nachhilfeinstituten. „Eltern sind so gezwungen, Versäumnisse der bayerischen Schul- und Bildungspolitik privat zu subventionieren.“

Der BLLV -Präsident warf Spaenle vor, den Begriff der individuellen Förderung zu missbrauchen: Im pädagogischen Sinn bedeute individuelle Förderung eine Individualisierung des Unterrichts. „Die kann mangels Voraussetzungen an bayerischen Schulen nicht stattfinden. Stattdessen werden Schüler nach ‚Leistung‘ bzw. ‚Begabung‘ auf verschiedene Schultypen sortiert. Das hat mit individueller Förderung nichts zu tun.“ ♦